



Nationalrat will keine Militärgesetzrevision

Beginn der «Atalanta»-Eintretensdebatte

Der Nationalrat hat die Debatte über den Anti-Piraterie-Einsatz «Atalanta» aufgenommen. Wie der Erstrat trat er auf die parallele Revision des Militärgesetzes gemäss Bundesrat nicht ein.

met. Gleich wie in der letzten Woche der Ständerat hat es am Dienstag die grosse Kammer abgelehnt, zusammen mit dem Bundesbeschluss über die Schweizer Beteiligung an der EU-Operation «Atalanta» zur Bekämpfung der Piraterie vor Somalia auch das Militärgesetz zu revidieren. So hatte es der Bundesrat mit dem Ziel vorgeschlagen, eine Rechtsgrundlage für künftige Beteiligungen an internationalen Polizeiaktionen zu schaffen. Der Rat entschied mit 84 gegen 76 Stimmen bei 5 Enthaltungen im Sinn der Mehrheit seiner Sicherheitspolitischen Kommission, welche das geltende Militärgesetz als rechtliche Grundlage für den Einsatz im Golf von Aden für ausreichend hält. Der Ständerat hatte die gleiche Frage in der Vorwoche deutlicher, mit 22 zu 12 Stimmen, entschieden. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Mehrheitsverhältnisse zum «Atalanta»-Geschäft im Nationalrat wie erwartet knapper sind als im Erstrat, der den Anti-Piraten-Einsatz am Ende mit 33 zu 5 Stimmen guthiess. Nach dem Entscheid über die Vorfrage nahm die grosse Kammer die Eintretensdebatte zum Bundesbeschluss über den «Atalanta»-Assistenzdienst in Angriff, kam damit aber wegen Zeitnot nicht weit. Der Entscheid fällt am Mittwoch nach der Ersatzwahl in den Bundesrat.

Sicherheitspolitischen Bericht abwarten

Bezüglich der Frage der Militärgesetzrevision rief Thomas Hurter (svp., Schaffhausen) dazu auf, zuerst ein Gesetz zu machen und erst dann konkrete Einsatzfälle zu beurteilen. So könne das Hin und Her über die Rechtmässigkeit des Engagements vor Somalia beendet werden. Josef Lang (gp,

Zug) forderte, für einen Auslandseinsatz müsse die gesetzliche Grundlage erst recht über alle Zweifel erhaben sein. Am Ende setzte sich indes die Kommissionsmehrheit durch, für die Peter Malama (fdp., Basel-Stadt) ins Feld führte, auch der Bundesrat habe klargemacht, dass das geltende Militärgesetz den Assistenzdienst sowohl zur Wahrung schweizerischer Interessen (eigene Hochseeflotte) als auch zum Schutz humanitärer Hilfeleistungen (Seetransporte für das Welternährungsprogramm) abdecke. Die Kommissionsprecher Edi Engelberger (fdp., Nidwalden) und Eric Voruz (sp., Waadt) gaben darüber hinaus zu bedenken, dass weiter gehende Operationen, die in der Tat nach einer Gesetzesrevision riefen, vor der Verabschiedung des neuen Sicherheitspolitischen Berichts obsolet und auch nicht mehrheitsfähig wären.

Begrenzter Einsatz

Zu Beginn der Eintretensdebatte zum Bundesbeschluss betonte Engelberger die Begrenztheit des Einsatzes. Hauptaufgabe des 30-köpfigen Detachements sei das Beobachten und Melden verdächtiger Vorgänge zur See; offensive Operationen wie die Verfolgung von Piraten und der Schutz von Schiffen unter der Flagge von Drittstaaten seien ausgeschlossen. Peter Malama erklärte namens der FDP, die Sicherheit der Seefahrt lasse sich nicht an die EU delegieren. Und ohne Sicherheit sei auch humanitäre Hilfe an Somalia nicht möglich. Ursula Haller (bdp., Bern) rief zur Solidarität mit der internationalen Gemeinschaft auf. Die Zeit des Trittbrettfahrens und Rosinenpickens sei vorbei. Josef Lang dagegen fragte, wo die Solidarität der Schweiz geblieben sei, als fremde Flotten den Somaliern den Thunfisch wegfischten. Yvan Perrin (Neuenburg) plädierte namens der SVP für Nichteintreten. Hier werde ein Präzedenzfall geschaffen. Überdies seien gewaltsame Auseinandersetzungen mit Todesopfern nicht auszuschliessen.